

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

23.9.1930 (No. 221)

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. Postgeb. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengeb. 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholung des Textes, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung der Rechnung gebracht. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Erläuterung der Karte, zu senden und werden in Berechnung der Rechnung gebracht. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Verbreitung und Kontroversen fällt der Verlag für die Zeitung verantwortlich, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Aber Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in seinem Bezirk
Berichtet das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland:
In der ersten Septemberhälfte hat die Zahl der Arbeit-
suchenden um mehr als 8000 zugenommen. In dem vorher-
gehenden Monat betrug die Zunahme nur etwa die
Hälfte. Mitte September wurden 165 400 Arbeitssuchende ge-
zählt gegen 84 620 zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die
Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat sich also beschleunigt.
Dabei ist zu beachten, daß bei besserer Wirtschaftslage und
normalem Verlauf der jahreszeitlichen Schwankungen die
Monate September und Oktober den günstigsten Arbeitsmarkt
von allen Monaten des Jahres haben.
Gegenwärtig steht der Arbeitsmarkt unter dem doppelten
Druck der vorzeitig einsetzenden Winterarbeitslosigkeit und der
weiter abrückenden Konjunktur. Die im ganzen Jahr ge-
ringere Beschäftigung des Baugewerbes geht zurück. Fast alle
Arbeitsämter melden Entlassungen aus dem Baugewerbe.
Ferner wirkt die Beschäftigung der mit dem Baugewerbe eng
zusammenhängenden Gewerbe auf den Arbeitsmarkt ein. Im
Allgemeinen sind die Hochbauten soweit fertiggestellt, daß die
Maurermeister, Tischler und Bauhandwerker, die Elektriker, In-
stallateure und Maler an der Ausführung der Hochbauten ar-
beiten können. Für diese Berufe wird aus einigen Arbeits-
ämtern eine etwas bessere Beschäftigung gemeldet.
Zwei Arbeitsämter berichten, daß die aus Reichsmitteln ge-
forderten Wohnungsbauten Beschäftigung für Bauarbeiter
bieten und daß dadurch die Verschlechterung des baugewerb-
lichen Arbeitsmarktes etwas aufgehalten werde.
In engem Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage
und vor allem mit der Schaffung neuen Wohnraumes
steht die Beschäftigung der Möbelfabriken, die ganz allgemein
nachläßt; von zahlreichen Arbeitsämtern werden zum Teil
größere Entlassungen von Möbelschreibern gemeldet. In der
Industrie der Steine und Erden verschlechtert sich die Lage der
Bergleute weiter. In der Steinindustrie ist die Lage ungleich-
mäßig. Es wird sowohl Verschlechterung gemeldet, als auch
„noch günstige Lage“, als auch die Einstellung von 100 Ar-
beitern in einem Granitwerk, das Reparationsaufträge ausführt.
Die Kohlenwerke haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen. In
dem an sich begreiflichen Streben, zunächst nur Unterstützungs-
empfänger zu beschäftigen, haben die Gemeinden bei den Ar-
beitern, auf deren Ausführung sie als Auftraggeber oder Geld-
geber einen Einfluß haben, die Beschäftigung von Orts-
angehörigen oder Wohlfahrtsberufslosen vorgeschrieben. Durch
solche Absperremaßnahmen wird der Arbeitsmarkt wie durch
„Zollschranken“ geschnitten, und es werden die Arbeiterwoh-
ngemeinden geschädigt.
Die Saisonverschlechterung bringt weitere Entlassungen in
der Fremdenindustrie und von Musikern. Neben dem Bau-
gewerbe bleibt die Metallverarbeitung und Maschinenindustrie
die schwächste Stelle des Arbeitsmarktes. Die in der Bericht-
zeit eingetretenen Entlassungen aus der Autoindustrie und
aus den Karosseriebetrieben sind wohl zum Teil durch die Jah-
reszeit verursacht. Daneben stehen aber Entlassungen aus der
Maschinenindustrie und aus fast allen Zweigen der Eisen-
und Stahlindustrie, die auf die weiter abfallende Konjunktur zu-
rückzuführen sind.
Unter den Verbrauchsgüterindustrien hat sich der Arbeits-
markt des Spinnstoffgewerbes, vor allem in der badischen
Baumwollindustrie, verschlechtert. Vereinzelt wird auch eine
Nachfrage nach Arbeitskräften, so aus der Wirkwarenindu-
strie, gemeldet. Die Beschäftigung der Schuhindustrie ist un-
ter den Verbrauchsgüterindustrien verhältnismäßig gut. Die
Zigarrenindustrie ist im allgemeinen schwächer beschäftigt,
wenn auch einzelne Einstellungen gemeldet werden. Gut be-
schäftigt ist die Herstellung von Stempeln.

Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landes-
arbeitsamts Südwestdeutschland
in der Zeit vom 1. bis 15. September 1930

Table with 2 columns: Category and Value. Includes rows for 'Arbeitsuchende am 15. September', 'Zunahme gegen den 30. August', 'Hauptunterstützungsempfänger am 15. September', and 'Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger vom 30. August bis 15. September'.

Keine Verhandlungen über ein Zigarettenmonopol. Zu der
Weldung eines Berliner Blattes, in der von Verhandlungen
zwischen dem Chef der großen Zigarettenfirmen und Vertre-
tern der Regierung über ein Zigarettenmonopol die Rede ist,
hören wir von zuständiger Seite, daß dies nicht zutrifft. Der
in dem genannten Blatt als Verhandlungsteilnehmer ge-
nannte Bankdirektor Paul Anton Brüning ist nicht ein Bru-
der des Reichskanzlers, sondern ein weitläufiger Verwandter
von ihm.

Letzte Nachrichten

Ungeklärte politische Lage
Vor der heutigen Kabinettsitzung

M. Berlin 23. Sept. (Priv.-Tel.) In politischen Krei-
sen erwartet man von der heutigen Kabinettsit-
zung noch keine Entscheidung, glaubt vielmehr,
daß auch der morgige Tag noch zu weiteren Beratungen
benutzt werden muß. Die Schwierigkeiten sind außer-
ordentlich groß, da der Ausfall an Steuern und die
weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit das Defizit des
Reichs erheblich vergrößert haben. In welcher Rich-
tung die Deckung gesucht werden wird, steht noch nicht fest.
Man spricht aber davon, die Arbeitslosenversicherung durch
Beitragserhöhungen zu sanieren, und daß ferner Kredite auf-
genommen werden sollen, da neue Steuern, vielleicht Tabak
ausgenommen, in diesem Reichstag kaum zu vertreten sein
werden.
Ferner glaubt man in politischen Kreisen stärker als noch
vor wenigen Tagen an die Möglichkeit, daß mit den Ratio-
nalsocialisten verhandelt werden wird, daß aber
gleichzeitig die Brücke nach Links nicht ohne wei-
teres abgebrochen werden dürfe. Gegen beides sind
in der Mitte beinahe sehr starke Widerstände da. Man
spricht infolgedessen mehr als früher von außerparla-
mentarischer Regierung unter Anwendung des Ar-
tikels 48, wobei man besonders darauf hinweist, daß Dr.
Brüning in seiner ersten Rede vor dem Reichstag im April
schon erklärt hat, dieses Kabinett sei der letzte Versuch, auf
parlamentarischer Grundlage die Geschäfte zu führen.

Die Situation in Genf
Morgen Beratung der Memelbeschwerde

Pr. Genf, 23. Sept. (Priv.-Tel.) Die Nachrichten über
eine päpstliche Abreise Briands besitzigen sich nicht. Der
französische Außenminister bleibt vielmehr in Genf bis zum
Schluß der Ratstagung. Die gleiche Absicht hat auch Dr.
Curtius, wogegen Henderson am 26. September die
Völkerbundsstadt verlassen wird, da er an der Reichskonferenz
des britischen Imperiums in London teilnehmen will. Am
morgigen Mittwoch findet die nächste Ratstagung statt,
die für Deutschland insofern eine besondere Bedeutung hat, als
auf ihr die Memelbeschwerde zur Aussprache kommt
und ein Berichterstatter dafür bestellt werden wird.

Zusammenkunft Curtius-Henderson-Briand
WTB. Genf, 23. Sept. (Tel.) Heute vormittag findet
eine Zusammenkunft zwischen Briand, Curtius
und Henderson statt, in der die drei Außenminister ihre
Meinungen über die weitere Behandlung der Europa-
frage austauschen werden. Die für heute nachmittag ein-
berufene Sitzung des Studienkomitees dient im wesentlichen
der Frage des weiteren Verfahrens. Was die Frage
des Vorkisses in den künftigen Konferenzen des Europa-
komitees betrifft, so teilt man in deutschen Delegationskreisen
die Auffassung, daß der Vorkiss wechseln soll. Heute nach-
mittag wird wahrscheinlich ein Vorschlag gemacht werden, die
nächste Konferenz im Januar abzuhalten. Als Vor-
sitzender der ersten Konferenz kommt der dänische Außen-
minister Munch in Frage.

Der Prozeß
gegen die Ulmer Reichswehroffiziere

WTB. Leipzig, 23. Sept. (Tel.) Vor dem 4. Straßsenat
des Reichsgerichts begann heute der Prozeß gegen die
drei nationalsozialistischen Reichswehroffi-
ziere. Zuhörer sind so zahlreich erschienen, daß sogar die
Galerien des großen Verhandlungssaales freigegeben werden
mußten. Der für die Verhandlung ausgetobene polizeiliche
Schutz ist außerordentlich stark. Die Angeklagten, auch die
beiden aktiven Reichswehroffiziere Rubin und Scheringer, sind
in Zivil erschienen.
Der Eröffnungsbeschluss wirft den Angeklagten Vorbereitung
des Hochverrats, Unternehmens vor, die Verfassung
gewaltsam zu stürzen sowie Aufreizung zum Ungehorsam. Die
Angeklagten erklären sich als nicht schuldig. Zu dem in der
Anklage enthaltenen Vorwürfen erklärt Leutnant Scheringer:
Es war nicht ein momentanes Mißvergnügen, das uns be-
schlichen hatte, sondern was wir fühlten, das ist die Stim-
mung, die sich schon über Jahre hindurch im ganzen Reichs-
heer bemerkbar gemacht hat, und die unsere ganze Auffassung
beherrschte. Leutnant Rubin erklärt ebenfalls, schon in den
ganzen Dienstjahren sei diese Stimmung vorhanden gewesen.
Wir glaubten davon überzeugt zu sein, daß verschiedene Maß-
nahmen, die unter dem Druck des Versailler Vertrags durch
die Reichsregierung verhängt wurden, so beispielsweise die Un-
terzeichnung des Youngplanes, nicht dem Willen des Volkes
entsprächen. Wir waren auch der Meinung, daß die Anord-
nungen des Reichswehrministeriums nicht mit dem Willen des
deutschen Volkes übereinstimmen. Wir wollten nicht repoliti-
sieren und meutern, sondern wir wollten zeigen, daß die Ju-
gend im Heere wirklich denkend handeln müsse.

*Der Ernst der Lage

War die Situation für die Reichsregierung nach den
Wahlen vom 14. September schon an und für sich außer-
ordentlich schwierig, so wird die Lage jetzt durch zwei
neue Tatsachen noch weiter verschlimmert. Die eine Tat-
sache liegt auf bürgerpolitischen Gebiet, die andere auf
dem Gebiet unserer inneren Finanzpolitik.
Seit dem Ende der vorigen Woche stehen wir mitten
in einer Entwicklung, die durch starke Kursverluste,
außergewöhnlich große Goldabgaben der Reichsbank an
Frankreich und zunehmende Kapitalflucht gekennzeichnet
ist. Unsere Währung ist gottlob nicht erschüttert. Und
es ist auch trotz allen unglücklichen Zwischenfällen damit
zu rechnen, daß sie unerschüttert bleibt. Zumal die
Reichsbank mit Gold und Devisen vortrefflich ausgeris-
tet ist. Aber das Vertrauen des Auslandes zu deutschen
Papieren hat doch in einer Weise nachgelassen, die zu
ernten Besorgnissen Anlaß gibt.
Von verhängnisvoller Wirkung waren die Sensations-
meldungen eines Teils der Berliner Linkspresse. Man
möchte fast glauben, daß hier ein abgekartetes Spiel vor-
gelegen hat, daß also gewisse Börsenkreise ganz plan-
mäßig dem deutschen Volke dafür, daß am 14. September
so viele nationalsozialistische Stimmen abgegeben wur-
den, einen Denkzettel erteilen wollen. Der finanzpoli-
tische Effekt ist für uns gefährlich genug. Daß man je-
doch damit eine Schwächung der nationalsozialistischen
Position erreichen wird, daran glaubt doch wohl niemand.
Im Gegenteil! Wenn das Ausland die Radikalisierung
des deutschen Volkes noch weiter treiben will, dann muß
es nur so fortfahren, wie wir das in den letzten Tagen
erlebt haben. Und die Erfahrungen in Genf, wo allge-
meine Abrüstung und Minderheitenschutz von Frankreich
und seinen Verwandten einfach beiseitegeschoben wer-
den, werden das Vordringen nationalsozialistischer Strömun-
gen in Deutschland gewiß nicht eindämmen.
Wie es heißt, soll die vom Reichskanzler abgegebene
Erklärung zu den Rutschgerüchten von der Börse als
nicht befriedigend empfunden worden sein; man habe
eine entschiedenere Stellungnahme erwartet und Erklä-
rungen darüber, wie sich der Kanzler die Zusammenset-
zung der neuen Regierung denke. Nun, wir wissen ja,
daß das Kabinett heute das dem Reichstag vorzulegende
Programm berät. Alsdann werden die Unterhandlun-
gen mit den Parteien beginnen. Und man wird in
Kürze sehen, ob sich das Kabinett auf eine Mehrheit im
Parlament stützen kann oder nicht, und wie bejahenden-
falls diese Mehrheit beschaffen ist. Voraussetzung bei
allem ist allerdings, daß das Kabinett sich auch auf
das zu erwartende Programm einigt.
Diese Einigung wird gewiß nicht leicht sein, weil in-
zwischen ein neues Defizit entstanden ist, das nach einer
Deckung verlangt. Wie aber soll es gedeckt werden? Das
ist die Frage. Durch neue Steuern gewiß nicht. Denn
das Defizit — man spricht von etwa 700 Millionen
Reichsmark — ist gerade zum Teil durch neue Steuer-
rückgänge entstanden.
Wie gemeldet wird, soll die Absicht bestehen, Zigarren,
Zigaretten und Tabak noch stärker zu besteuern. Aber
der daraus resultierende Betrag wird höchstens ausrei-
chen, um den sechsten oder siebten Teil des Defizits zu
decken. Nach wie vor haben wir das große Loch, das durch
die Arbeitslosenfürsorge gerissen wurde. Und dieses
Loch ist größer geworden. Und dieses Größe werden er-
klärt in erster Linie die Höhe des neuen Defizits. Schon
jetzt wird darauf hingewiesen, daß man um eine Erhö-
hung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nicht herum
kommen werde. Nur muß man sich klar darüber sein,
daß eine solche Erhöhung wieder neue Belastungen für
den einzelnen Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft und
ihre einzelnen Betriebe bedeutet. Belastungen, die von
vielen Firmen zweifellos nicht mehr werden ertragen
werden können. Es werden also neue Arbeiterentlassun-
gen stattfinden.
Kompliziert wird die Ausarbeitung des Programms
auch durch die Forderungen, die neuerdings von der So-
zialdemokratie angemeldet worden sind. Nach dem „Vor-
wärts“ werde die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
fordern, daß die Notverordnungen jetzt durch Gesetze er-
setzt werden, die vom Reichstag ordnungsgemäß zu er-
ledigen seien. Diese Gesetze würden in vielen einen
ganz anderen Inhalt haben müssen, als die Notverord-
nungen, die nach Ansicht des „Vorwärts“ besonders nach
ihrer sozialen Seite hin gänzlich unhaltbar seien. Und
schließlich wird gefordert, durch die Reichsregierung müß-

Badischer Teil

Zuckerung des Weines und Herstellung von Hausstrunk

Es ist zu erwarten, daß in diesem Jahre zahlreiche Moste und Weine des Jahrgangs 1930 verbesserungsbedürftig sein werden. Nach § 3 des Weingesetzes, das am 1. September 1930 in Kraft getreten ist, ist es gestattet, dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Weine, bei Herstellung von Most- oder Alkohol oder einem natürlichen Mangel an Zucker oder Alkohol oder einem natürlichen Übermaß an Säure insoweit abzuheilen, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht.

Die Zuckerung darf nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Januar des auf die Ernte folgenden Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Januar bei ungeduldeten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden.

Die Unteruchung der Traubenmostproben durch die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg erfolgt unter nachstehenden Bedingungen: Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche zu bringen.

Bei der Herstellung von Hausstrunk finden die Vorschriften des Weingesetzes über die Zuckerung (Zuckerwasserzusaß) keine Anwendung. Hervorzuheben ist, daß nach dem neuen Weingesetz die Herstellung von Hausstrunk nur aus Traubenmost, Traubenmost oder frischen Weintränen gestattet ist.

Außerdem ist zu beachten, daß Hausstrunk nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Dezember d. J. hergestellt werden darf.

Bei der Herstellung von Hausstrunk unter Angabe der herzustellenden Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzugeben.

Jedes Faß mit Hausstrunk muß deutlich die Aufschrift „Hausstrunk“ tragen.

Bekämpfung der Tuberkulose

Die Landesversicherungsanstalten Baden und Pfalz, der badische Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, das badische Unterrichtsministerium, Kreis und Stadt Heidelberg, die in Form einer G. m. b. H. das Tuberkulosekrankenhaus Heidelberg-Rohrbach führen, teilen mit: Auf dem Grund und Boden des alten Krankenhauses errichtet die Landesversicherungsanstalt Baden Neu- und Umbauten, von denen das Männerhaus und das Frauenhaus am 1. Oktober 1930 bezugsfertig werden.

Für die Elektrifizierung der Strecke Frankfurt-Heidelberg-Wasel

Auf der Tagesordnung der am 24. September in Bingen a. Rh. stattfindenden 12. Sitzung des Landesbahnenbundes Frankfurt a. M. steht ein Antrag des Frankfurter Oberbürgermeisters betr. die Aufnahme der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Frankfurt-Heidelberg-Wasel in das einheitliche Bahnbauprogramm, das auf Erlösen des Verkehrsabschlusses des Reichstages aufgestellt werden soll.

Für die heutige Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression, wird in der Begründung dieser nicht nur von Frankfurt a. M., sondern auch von zahlreichen anderen Städten und Körperchaften des Rheingebietes erhobene Forderungen betont, werden die für die Umstellung auf den elektrischen Betrieb erforderlichen Bauarbeiten Verdienstmöglichkeiten für eine sehr große Anzahl von Arbeitnehmern bringen und damit eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsmarktes herbeiführen.

Blumen zur Verschönerung der Bahnlagen

Die teilweise etwas nüchternen Zweckbauten an den Eisenbahnanlagen der Reichsbahn durch Blumen- und gärtnerische Anlagen zu verschönern, ist schon seit Jahren das Bestreben der Reichsbahnverwaltung. Für die alljährlich vorgenommenen Wettbewerbe sind Geldpreise und Anerkennungs schreiben als Belohnung für die Verschönerungsarbeiten der Bahnanlagen ausgesetzt, die von den einzelnen Reichsbahndirektionen an die Bediensteten verteilt werden.

Der Fremdenverkehr im Schwarzwald im Sommer 1930

Der Fremdenverkehr im Schwarzwald im Sommer 1930 hat — wie aus Freiburg berichtet wird — ein sehr unterschiedliches Bild gezeigt. Während selbstverständlich die schlechte Witterung sich überall verkehrs hemmend auswirkte, zeigten sich doch im Gebirge des Hochschwarzwaldes erhebliche Zunahmen, besonders aus dem englisch sprechenden Ausland.

Der Schwerpunkt des Schwarzwaldfremdenverkehrs dürfte damit endgültig von Triberg nach Freiburg verlagert worden sein. Das ist in erster Linie auf die Änderung des Fremdenverkehrs überhaupt zurückzuführen, der heute mehr denn je Touristenverkehr ist, während der Fremde bisher schichtartig war.

Aus der badischen Landwirtschaft

Das allfreie Schweizer Milchkontingent. Der Vorstand der Oberbadischen Milchgenossenschaft beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung in Anwesenheit der Präsidenten und Geschäftsführer der Badischen Landwirtschaftskammer und des Badischen Vollerziehungsvereins eingehend mit der durch das allfreie Schweizer Milchkontingent geschaffenen Lage.

Eine neue Vereinigung im Weinbau. Vor kurzem wurde eine Verkehrsvereinigung der badischen großen Weinbergbesitzer und Weinlager gegründet, von der man sich die Erobereung größerer Absatzgebiete für die vortrefflichen badischen Weine verspricht.

Tägungen

Orthopädischer Kongress. In Anwesenheit von über 300 Teilnehmern aus dem In- und Auslande wurde am Montag in Heidelberg die 25. Tagung der Deutschen Orthopädischen Gesellschaft durch eine Festigung eingeleitet, in der der Kongressvorsitzende, der Direktor der Heidelberger Orthopädischen Klinik, Prof. Dr. von Baeyer sprach und nach ihm Oberregierungs-Medizinalrat Dr. Reibol vom Reichsarbeitsministerium und der Rektor der Heidelberger Universität, Prof. Dr. Gaffelschlag, sowie Vertreter der medizinischen Fakultät, der badischen Regierung, der badischen Ärztekammer und der Vereinigung für Krüppelfürsorge das Wort ergriffen.

Der badische Forstverein, die Vereinigung der höheren Forstbeamten Badens, hielt seine 51. Jahresversammlung in Stodach ab. Mit ihr verbunden waren zahlreiche Exkursionen in die Wäldungen der näheren und weiteren Umgebung. Bei der Hauptversammlung begrüßte Oberforstrat Stephan die zahlreich erschienenen, u. a. als Vertreter des badischen Staatsministeriums Ministerialrat Rettich.

Der Verein mittelhessischer Gas- und Wassersachmänner hielt vom 18. bis 20. September seine 66. Jahresversammlung in Freiburg ab. Zu der Tagung sind ungefähr 300 Teilnehmer erschienen aus Baden, Württemberg, der Pfalz, dem Saargebiet und dem Rheinland.

Die Tagung des deutschen Vereins für Vermessungswesen, Landesverein Baden, fand unter Vorherrschaft von Regierungsbaurat Dr. Merkel in Wertheim a. M. statt. U. a. veranlaßte die Lage der im Angebotsverhältnis befindlichen Kriegsteilnehmer und der harte Existenzkampf der im freien Beruf stehenden Vermessungswesen eine eingehende Aussprache. Es wurde die Einführung des Numerus clausus im badischen Vermessungswesen gefordert, eine Maßnahme, die in anderen Ländern seit Jahren mit Erfolg durchgeführt ist.

Betrüger mit Glühbirnen

Seit August 1930 besteht eine ausländische Betrügerbande das Reich und bietet bei Privat Glühbirnen an, und zwar hauptsächlich an Orten mit einer Spannung von 220 Volt. Die angepriesenen Birnen haben aber in ganz kurzer Zeit durchgebrannt. Für diese Birnen, die sie als Bergmanns-Birnen anpreisen, lassen sich die Betrüger 4 bis 6 RM zahlen.

Aufhebung des statistischen Amtes in Pforzheim. Den einschneidenden Sparmaßnahmen der Stadtverwaltung wird auch das statistische Amt der Stadt Pforzheim zum Opfer fallen. Das nun zehn Jahre bestehende Amt wird zum 31. Dezember 1930 aufgehoben.

Der Heidelberger Skandal

Die Wohnungsbaugesellschaft Heidelberg hat den Konkurs angemeldet. Wie das „Heidelb. Tagebl.“ u. A. berichtet, wird die Angelegenheit noch mancherlei Überraschungen bringen. Wie jetzt bekannt wird, sollen die Direktoren ungeheure Ausgaben gemacht haben durch Selbige, Autokursfahrten usw. Wie das Blatt erzählt, habe Rechtsanwalt Ludwig Müller öfter mit seinem Auto von Heidelberg aus Fahrten nach Locarno gemacht, um dort ein Bad zu nehmen und dann sofort nach Heidelberg zurückzukehren.

Den bisherigen Feststellungen nach betragen die Verpflichtungen der Kongregation der Armen Schulschwestern in Speyer durch den Bau des Krankenhauses 4-4½ Millionen und die von der Wohnungsbaugesellschaft zu Unrecht in Umlauf gebrachten Wechsel in Höhe von 1½-2 Millionen. Die Bestrebungen gehen nun dahin, eine Anleihe in Höhe von etwa sechs Millionen zu beschaffen, deren Verzinsung durch die regelmäßigen Einnahmen (Bezahlung der Schulschwestern in der Pfalz durch Bayern usw.) zu denen noch Stiftungen kommen, garantiert ist.

Die gerichtliche Untersuchung geht übrigens weiter. Es besteht die Möglichkeit, daß ein Teil der verschundenen Gelder wieder hereinkommt. Zunächst sollen die kleineren Forderungen, die großen dann in möglichst kurzer Frist befriedigt werden.

W.B. Heidelberg, 23. Sept. (Tel.) Das Konkursverfahren über die Wohnungsbaugesellschaft G. m. b. H. ist heute vom Konkursrichter eröffnet worden. Der bei der Konkurseröffnung mitgeteilte vorläufige Status stellt eine Unterbilanz von 1,9 Millionen bei 20.000 RM Gesellschaftskapital fest. Da aber ein Teil der Aktivposten zweifelhaft ist, so wird sich die Verlustsumme ohne Zweifel noch sehr beträchtlich erhöhen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for cities (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag) and exchange rates for 23. September and 22. September.

Privatdiskont wurde für beide Sichten um je ¼ auf ½ Prozent erhöht.

Golbabgaben der Reichsbank an Frankreich. Zum Wochenbeginn lag weiter, wie aus Berlin gemeldet wird, eine starke Nachfrage nach Devisen vor, zu denen sehr beträchtliche Anforderungen an ausländischen Noten traten.



Zur Zeit der Kaffee-Ernte

herrscht reges Leben auf den Plantagen. Bei hochwertigen Sorten legt man großen Wert darauf, nur gut ausgereifte Kaffeekirschen zu ernten. Je voller der Kaffee ausreift, um so besser ist er. Die Qualität eines Kaffees hängt außerdem ab von Sorte, Bodenbeschaffenheit, Klima, Witterung. Eine sehr große Rolle spielt die Höhenlage. Wollen Sie die Feinheiten eines Kaffees kennen lernen, der in etwa 4000 Fuß Höhe gewachsen ist, so probieren Sie Kaffee Hag, dessen Geschmack durch solche erlesenen Hochgewächse wesentlich bestimmt wird.

